



Treibhausgas-Emissionen auf Talfahrt

Gute Nachrichten für das neue Energie- und Klimajahr: Die Energiewende lässt den energiebedingten CO₂-Ausstoß in Deutschland deutlich sinken. **Mehr erfahren**



Treibhausgas-Emissionen auf Talfahrt

Gute Nachrichten für das neue Energie- und Klimajahr: Die Energiewende lässt den energiebedingten CO₂-Ausstoß in Deutschland deutlich sinken.



2019 verringerte sich der Ausstoß klimaschädlicher CO₂-Emissionen in Deutschland um rund 50 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr und damit um satte sechs Prozent. Das zeigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen für das Jahr 2019. Der CO₂-Ausstoß lag demnach rund 33 Prozent unter dem Niveau von 1990. Ein Erfolg, der vor allem der Energiewirtschaft zu verdanken ist.

Energiewirtschaft trägt wesentlich zum gesunkenen CO₂-Ausstoß bei

Zur guten CO₂-Bilanz im vergangenen Jahr beigetragen hat unter anderem ein deutlich gesunkener Stromverbrauch. Der Bruttostromverbrauch sank mit 575 Terawattstunden auf den niedrigsten Stand der vergangenen 20 Jahre. Auch eine in vielen Bereichen gesteigerte Energieeffizienz und eine zuletzt schwächere Konjunktur ließen den CO₂-Ausstoß sinken, ebenso die gestiegenen Preise für CO₂-Zertifikate im EU-Emissionshandel. Es wurde weniger Kohle verstromt und mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Dadurch sanken die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung. Windkraft-, Wasserkraft-, Solarstrom- und Biogasanlagen erzeugten annähernd so viel Strom wie Kohle- und Kernkraftwerke zusammen. Vor allem der Zubau von Photovoltaikanlagen und die guten Windverhältnisse haben 2019 für mehr Strom aus erneuerbaren Energien gesorgt.

Die höheren Preise für CO₂-Zertifikate führten dazu, dass fossile Kraftwerke auf Basis von Braun- und Steinkohle an vielen Tagen des Jahres zuletzt nicht mehr wettbewerbsfähig waren und ihre Stromerzeugung deutlich reduzierten. Davon profitierten die Gaskraftwerke, deren Stromerzeugung um elf Prozent stieg. Sie emittieren vergleichsweise wenig CO₂ und benötigen deshalb weniger CO₂-Zertifikate.

Gebäude- und Verkehrssektor mit Nachholbedarf

Geschmälert wurde die gute CO₂-Bilanz durch die 2019 gestiegenen CO₂-Emissionen im Gebäudebereich und im Verkehr. Hier wurden mehr Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel verbraucht als im Vorjahr. Beim leichten Heizöl wurden allerdings auch die Lagerbestände aufgestockt. Um die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen auch in den Sektoren Gebäude und Verkehr weiter zu verringern, muss noch viel getan werden.

Helfen soll zum Beispiel die Ende vergangenen Jahres beschlossene Einführung eines CO₂-Preises in den Sektoren Wärme und Verkehr. Ab 2021 soll der Ausstoß von Treibhausgasen auch in diesen Sektoren einen Preis bekommen, wie es in der Energiewirtschaft und der Industrie durch den EU-Emissionshandel bereits seit längerem der Fall ist.

Außerdem hat die Bundesregierung die Förderbedingungen für die energetische Sanierung von Gebäuden umgestaltet. (Mehr Informationen unter www.deutschland-machts-effizient.de). Anfang 2020 hat die Bundesregierung zudem die Austauschprämie für Ölheizungen eingeführt, mit Zuschüssen von bis zu 45 Prozent der Investitionskosten. Auch für energieeffiziente und klimafreundliche Heizungen, die keine alte Ölheizung ersetzen, gibt es Investitionszuschüsse. Wer ein Eigenheim besitzt, kann mit energetischen Sanierungsmaßnahmen künftig sogar Steuern sparen.

Windenergie an Land muss wieder vorankommen

Um auch nach Abschaltung der Kernkraft- und Kohlekraftwerke eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, müssen die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Erklärtes Ziel ist es, ihren Anteil am Stromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern. Vor allem der Ausbau der Windenergie an Land, der in den vergangenen zwei Jahren stark zurückgegangen ist, soll wieder Wind unter die Flügel bekommen.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hatte dazu Anfang Oktober 2019 den [Arbeitsplan zur Stärkung der Windenergie an Land](#) vorgelegt. Er soll helfen, ausreichend Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen, Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und die Akzeptanz von Windparks erhöht werden. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten.

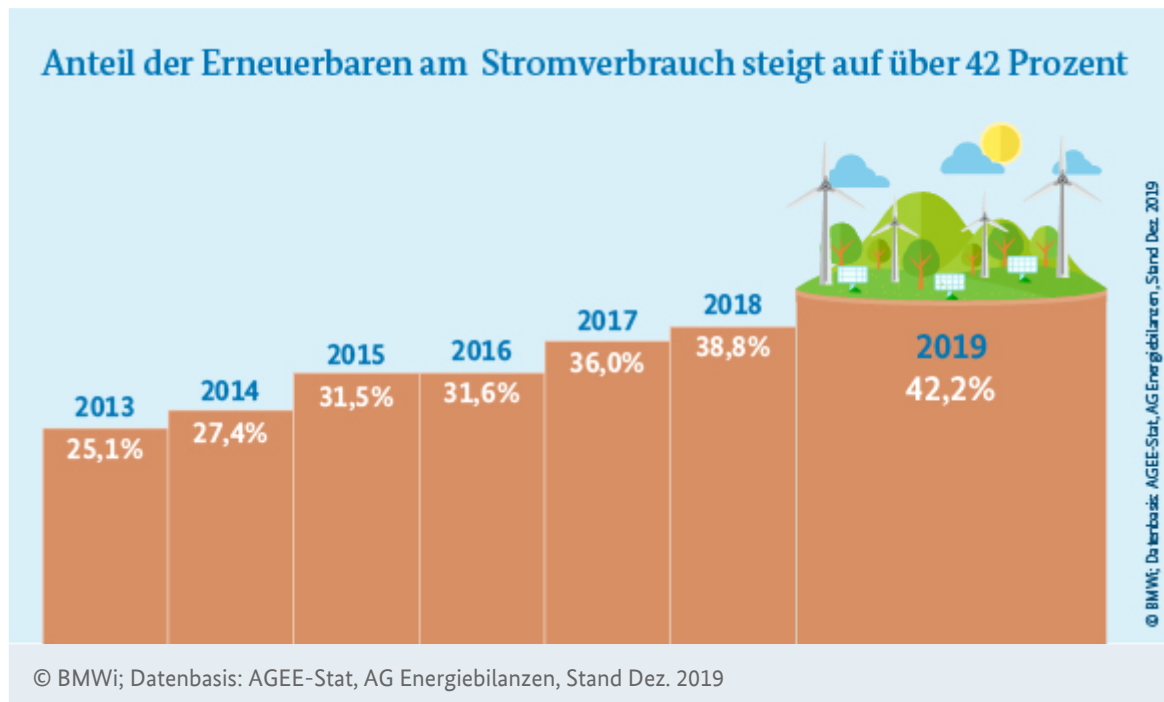
Vermutlich wird es nicht gelingen, bis zum Abschalten der letzten Kernkraftwerke 2022 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien so stark zu steigern, dass sie den wegfallenden Atomstrom komplett ersetzen können. Stromimporte könnten notwendig werden und auch die fossile Stromerzeugung könnte deshalb vorübergehend wieder steigen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Pressedienst der AG Energiebilanzen "Energieverbrauch in Deutschland gesunken" \(PDF-Download, 46 KB\)](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Europäische und internationale Energiepolitik"](#)
 - [\[→ BMWi-Artikel zum Klimaschutz](#)
 - [\[→ BMWi-Artikel "Energiewende im Gebäudebereich"](#)
 - [\[→ BMWi-Artikel "Kohleausstieg und Strukturwandel"](#)
 - [\[→ Informationen zum Klimaschutzprogramm 2030](#)
-

Strom aus erneuerbaren Energien auf Rekordhoch

2019 wurden erstmals mehr als 42 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland aus Erneuerbaren gedeckt. Das zeigen aktuelle Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.



2019 wurde in Deutschland so viel Strom wie noch nie zuvor aus erneuerbaren Energien verbraucht. Sie machten rund 42 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus. Zum Vergleich: 2013 lag der Anteil noch bei rund 25 Prozent und nahm seitdem stetig zu.

Die Bedeutung der konventionellen Energieträger nimmt dagegen immer mehr ab. Das wird besonders deutlich, wenn man die Anteile der Energieträger an der Stromerzeugung betrachtet. Die Stromerzeugung durch Steinkohlekraftwerke stellte nur noch einen Anteil am Strommix von 9,3 Prozent. Das lag vor allem an gestiegenen Preisen für CO₂-Zertifikate und einem geringen Beschaffungspreis für Gas.

Auch die Stromgewinnung von Strom aus Braunkohle sank durch die gestiegenen Zertifikatspreise und den Zuwachs der erneuerbaren Energien deutlich. Ihr Anteil am Strommix schrumpfte von 22,6 Prozent im Jahr 2018 auf nur noch 18,6 Prozent. So wenig Strom aus deutscher Braunkohle wie im vergangenen Jahr wurde zuletzt 1970 produziert. Konventionelle Kraftwerke in Deutschland haben seit Beginn der gesamtheitlichen Aufzeichnung im Jahr 1990 noch nie weniger Strom geliefert. Umgekehrt verhält es sich mit dem Strom aus Wind- und Solaranlagen. Sie stellten durch den Rückgang bei der Kohle zusammen erstmals mehr Strom (173,1 Terawattstunden) als Kohlekraftwerke (170,9 Terawattstunden) zur Verfügung.

Die Stromerzeugung aus Kernenergie ging geringfügig zurück (minus 0,8 Terawattstunden). Ihr Anteil an der Stromerzeugung lag 2019 bei 12,3 Prozent. Durch das Ende 2019 vom Netz gegangene Kernkraftwerk Philippsburg 2 wird sich die Erzeugung 2020 weiter verringern. Die Zahlen beruhen auf Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen \(AGEB\)\]](#)

Die Energiewelt von morgen im Praxistest

Mit SmartQuart ist das erste Reallabor der Energiewende an den Start gegangen. Es testet innovative Lösungen für die Energieversorgung der Zukunft. Diese sollen später auf andere Quartiere in Deutschland übertragbar sein.



© AdobeStock/metamorworks

Wie werden wir in Zukunft Energie erzeugen und wie können wir sie klug nutzen? Wie leben wir künftig in den Städten und auf dem Land, wenn Strom und Wärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen kommen? Und wie bleibt unsere Energieversorgung dann eigentlich trotz schwankender Energieeinspeisung aus Wind und Sonne stets sicher? Antworten darauf und viele weitere Lösungen liefern die [Reallabore](#) der Energiewende. Mit ihnen möchte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den Transfer von Innovationen in die Praxis beschleunigen. Denn die deutschen Klimaschutzziele sind ambitioniert. Um sie zu erreichen, muss der Anteil an erneuerbaren Energien noch deutlich wachsen. Das ist auch ein Ziel des Projektes SmartQuart. Hier werden sowohl Bürger als auch lokale Planer, Versorger und Kommunen bei der Umsetzung der Energie- und Wärmewende vor Ort mit einbezogen. SmartQuart ist das erste von mehreren Reallaboren, das mit der praktischen Erprobung startet. Im Juli 2019 hatte Bundesminister Altmaier die Gewinner des Ideenwettbewerbs Reallabore der Energiewende verkündet.

Innovationen im Test unter realen Bedingungen

"Ich freue mich, dass das erste Reallabor der Energiewende jetzt die Arbeit aufnimmt. Unsere Reallabore der Energiewende sind Innovationsprojekte im Industriemaßstab. Wir entwickeln und

erproben Technologien, die wir für unsere ehrgeizigen energie- und klimapolitischen Ziele brauchen und testen diese in den Reallaboren der Energiewende unter realen Bedingungen und im industriellen Maßstab", sagte Minister Altmaier anlässlich der Übergabe des Fördermittelbescheids für SmartQuart im Dezember 2019.

Fossile Energieträger sollen überflüssig werden

Das Reallabor beschäftigt sich mit der Energiewelt der Zukunft in Quartieren im städtischen und ländlichen Raum. Ein Ziel ist es, fossile Energieträger wie Kohle dort durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Informations- und Kommunikationstechnologien gepaart mit intelligenten Stromnetzen (sogenannten Smart Grids) sorgen dafür, dass die verschiedenen Anlagen verknüpft werden können und sich das Netz intelligent steuern lässt. An drei Standorten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz können so die Sektoren Wärme, Strom und Mobilität miteinander gekoppelt werden.

Wasserstoffbasiertes Microgrid auf dem Land

In der ländlichen Verbandsgemeinde Kaisersesch soll zum Beispiel ein wasserstoffbasiertes Microgrid (ein Smart Grid in kleinem Maßstab) aufgebaut werden. Wind- und Photovoltaikanlagen liefern erneuerbaren Strom, um daraus Wasserstoff zu erzeugen wenn der Strom nicht direkt benötigt wird. Die Region Kaisersesch erprobt so die gesamte Wasserstoff-Wertschöpfungskette von der Erzeugung, Umwandlung, Speicherung und Verteilung bis hin zur Nutzung.

Energiewende im urbanen Raum

Im Essener Literaturquartier, dem ehemaligen Gelände der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), werden neue Technologien für die Energiewende dagegen in einem dicht besiedelten Gebiet geprobt. Mit Hilfe einer Photovoltaik- und Hybrid-Photovoltaikanlage soll sich das Quartier mit Wohngebiet, Kleingewerbe, Büro- und Hotelgebäuden zukünftig vermehrt mit erneuerbarem Strom versorgen. Dazu gehören auch ein zentraler, quartierseigener Energiespeicher und ein intelligentes digitales Energie-Management. Ladesäulen, Elektroautos und Bike-Sharing machen zusätzlich neue Mobilitätsangebote. So sollen schon auf lokaler Ebene die Erzeugung und der Verbrauch von Energie optimiert werden können.

Quartiere nutzen Energie optimal im gegenseitigen Austausch

Besonders wichtig dabei: Die Quartiere sollen ihre Energie innerhalb und untereinander austauschen können. So könnten sich selbst unterschiedliche Quartiere nachhaltig und wirtschaftlich ergänzen. Denn eine ländliche, dünn besiedelte Gegend hat ganz andere Anforderungen an die Energieversorgung als ein innerstädtisches Gebiet mit vielen Verbrauchern. Beide bieten aber auch andere Möglichkeiten der Energieerzeugung. In allen drei SmartQuart-Quartieren beteiligen sich Anwohner, Energieversorger und lokale Technologieanbieter an der Umsetzung des Reallabors. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen später auch auf andere Wohn- und Stadtquartiere in Deutschland übertragbar sein.

Weitere Reallabore gehen in diesem Jahr an den Start

2020 sollen weitere Reallabore der Energiewende ihre Arbeit aufnehmen. Diese "Labore" für die Energiewelt von morgen sind in ganz Deutschland zu finden, darunter auch in vom Strukturwandel

betroffenen Gebieten wie den ehemaligen Kohleregionen. Das Novum dabei: Erstmals werden verschiedene innovative Technologien und Verfahren - wie etwa die Herstellung von Wasserstoff - unter realen Bedingungen und im industriellen Maßstab erprobt. Dabei geht es um vielfältige Fragen: Wie lässt sich Wasserstoff in großen Mengen aus grünem Strom kostengünstig herstellen und speichern? Wie können Gewerbe und private Haushalte vernetzt und optimal mit Strom und Wärme versorgt werden? Oder: Wie kann bereits vorhandene Infrastruktur für die Energiewende nutzbar gemacht werden?

Die Reallabore der Energiewende sind Teil des [7. Energieforschungsprogramms](#) der Bundesregierung. Es fördert Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen, die neue Technologien und Lösungen für die Energiewende erarbeiten.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ BMWi-Pressemitteilung "Altmaier erteilt ersten Förderbescheid für Reallabor der Energiewende"\]](#)

Was ist eigentlich die Nordsee-Energiekooperation?

Was die Nordsee-Energiekooperation mit einem guten Netzwerktechniker gemeinsam hat? Sie hilft Kabelsalat zu vermeiden und Kosten zu sparen. Und sie ist gut für das Klima. Hier entlang für einen Ausflug auf See.



Darum geht's: An den Küsten der Nordsee kommt immer mehr Windstrom an, der auf dem Meer gewonnen wurde. Zehn Länder, die ihn nutzen wollen, haben sich

verbündet - um beim Bau von Windparks und Stromnetzen auf See zusammen zu arbeiten.

Nordsee: Wellen, Wind und weites Meer. Längst dürfen in dieser Aufzählung die Windparks auf See nicht fehlen. Sie werden auch mit Blick auf die Probleme der Windenergie an Land immer wichtiger, um die Klimaziele zu erreichen und eine umweltfreundliche und verlässliche Energieversorgung in der Zukunft sicher zu stellen. 230 bis 450 Gigawatt installierter (Windkraft)Leistung zwischen Watt und Wellen sind nach Angaben der EU-Kommission notwendig, um das für 2050 europaweit gesteckte Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Ohne eine internationale Vernetzung ist das aber nur schwer zu schaffen.

Deutschland 2020 mit Schlüsselrolle in der europäischen Energiepolitik

Hier kommt Deutschland ins Spiel. Mit der EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wir ab Juli 2020 eine Schlüsselposition in der europäischen Energiepolitik. Wichtigster Arbeitsauftrag dabei: eine sorgsame Weichenstellung zur Umsetzung des sogenannten "Green Deal" der EU-Kommission, denn der Maßnahmenplan soll den Weg in die Klimaneutralität ebnen.

Bereits seit Januar hat Deutschland außerdem für ein Jahr die Präsidentschaft der Nordsee-Energiekooperation von Dänemark übernommen und will diese Synergien nutzen. Die grenzüberschreitende Kooperation von zehn europäischen Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden) sowie der EU-Kommission, arbeitet beim Ausbau der Offshore-Windenergie und der Netzinfrastruktur auf See zusammen.

Kabelsalat in der Nordsee?

Sie will die länderübergreifende Abstimmung beim Ausbau der Offshore-Windenergie verbessern und die Produktion von Windstrom auf See mit dem grenzüberschreitenden Stromhandel verknüpfen. Wie das funktionieren soll? Möglich wäre zum Beispiel, neu an das Netz gehende Windparks mit bereits bestehenden Stromleitungen zwischen zwei Ländern zu koppeln. Denkbar ist auch, Windparks in den einzelnen Ländern durch eine zusätzliche Leitung miteinander zu verbinden. So müssten weniger Kabel verlegt werden. Das hilft gegen Kabelsalat und senkt die Gesamtkosten für die teuren Leitungen. Auch die Auslastung der Leitungen und die Versorgungssicherheit in den angeschlossenen Ländern lassen sich so verbessern - weil auch dann Windstrom an Land gehen kann, wenn vor der eigenen Küste gerade kein Wind weht.

Für ein solch komplexes Stromnetz in der Nordsee braucht es jedoch richtig gute "Netzwerktechniker", einen gemeinsamen Förderrahmen für Windstrom in den Mitgliedsländern und eine gemeinsame Regulierung der Netzanschlüsse - etwa für neue Windparks, die mehrere Länder nutzen.

Deutschland will deshalb während seiner Ratspräsidentschaft Eckpunkte für einen EU-Regulierungsrahmen für gemeinsame Wind-Offshore-Projekte erarbeiten. In einem solchen Regulierungsrahmen könnte zum Beispiel geklärt werden, wie die Kosten und Gewinne gemeinsamer Projekte zwischen den einzelnen Ländern aufgeteilt werden und wie die Planung von Windparks auf See und der Netzausbau besser koordiniert werden können.

Künstliche Inseln als Drehkreuz für den Stromtransport

Auch konkrete gemeinsame Wind-Projekte in der Nordsee sollen während der deutschen Präsidentschaft der Nordsee-Energiekooperation weiterentwickelt und vorangebracht werden. Ein solches Projekt könnten die vom Übertragungsnetzbetreiber Tennet erdachten "North Sea Wind Power Hubs" sein. Künstliche Inseln für je bis zu 15.000 Megawatt (MW) Windkraftleistung, die Tennet dafür in der Nordsee aufschütten will. Mit mehreren Ländern verbunden, könnten solche Hubs Drehkreuze für den Im- und Export von Windstrom sein.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ BMWi-Pressemitteilung: "Altmaier: Die Energiewende ist eine Modernisierungsstrategie für Europa"\]](#)

Mehr Ladestationen für Elektroautos

Wer sein Elektroauto nicht laden kann, wird sich keins kaufen. Bis 2030 sollen deshalb in Deutschland eine Million öffentliche Ladepunkte entstehen. Wie Elektromobilität für alle machbar ist, erklärt der Masterplan Ladeinfrastruktur.



© AdobeStock/Ralf Geithe

Lange wurde daran getüftelt, jetzt startet die Umsetzung. Der Ende 2019 vom Bundeskabinett beschlossene Masterplan enthält viele Maßnahmen für den Aufbau einer nutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur in Deutschland - für bis zu zehn Millionen Elektrofahrzeuge.

"Unser Ziel ist, dass bald niemand in Deutschland noch sagt: Ich kaufe mir kein E-Auto, weil ich nicht weiß, wie und wo ich es laden soll", sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier anlässlich eines Treffens mit der Energiewirtschaft zum Ausbau der Ladeinfrastruktur, zu dem er im Dezember 2019

gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer geladen hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten Bundesregierung, Automobilhersteller und Energiewirtschaft jetzt weiter an einem Strang ziehen, so Altmaier weiter. "Denn ohne ausreichende Ladestationen und erneuerbaren Strom kann es keine nachhaltige Elektromobilität geben. Wir brauchen mehr Ladeinfrastruktur und müssen sie ins Netz integrieren".

Das sind die wichtigsten Punkte des Masterplans Ladeinfrastruktur

Bis 2030 soll jeder an einfach zu bedienenden und schnell zu findenden Ladesäulen sein E-Auto wieder fit für die nächste Fahrt machen können. Die Idee dahinter: Autokäufer müssen darauf vertrauen können, dass immer eine Ladesäule in der Nähe ist, die zu ihrem Fahrzeug passt.

Aktuell gibt es 23.840 öffentliche Ladepunkte in Deutschland, zwölf Prozent davon sind sogenannte Schnellladesäulen. Um die deutschen Klimaziele mit Blick auf den Verkehrssektor zu erreichen, sollen es noch mehr werden. Um mindestens 40 Prozent müsste der klimaschädliche Treibhausgasausstoß im Verkehr laut Klimaschutzplan bis zum Jahr 2030 dafür sinken. Als wichtiger Beitrag für die Verbreitung der Elektromobilität sollen in den nächsten zwei Jahren 50.000 neue öffentlich zugängliche Ladepunkte entstehen, verspricht der Masterplan Ladeinfrastruktur. Die Automobilwirtschaft will bis 2022 rund 15.000 öffentliche Ladepunkte beisteuern.

Laden während des Einkaufsbummels, auch das soll zukünftig verstärkt gefördert werden. Der Masterplan sieht vor, mehr Kundenparkplätze mit Ladesäulen auszustatten. Weitere 100.000 Ladepunkte will die Automobilindustrie bis 2030 zum Beispiel auf ihren Firmengeländen und im angeschlossenen Handel zur Verfügung stellen. Auch die Energiewirtschaft will Ladepunkte beisteuern - bis zu 4.000 Schnellladepunkte sollen es werden.

Intelligente Ladesteuerung, um Engpässe im Stromnetz zu vermeiden

Deutschland setzt bei der Elektromobilität vor allem auf eine intelligente Ladesteuerung, um Engpässe bei den Stromnetzen zu vermeiden. Netzbetreiber sollen möglichst früh alle Informationen erhalten, die sie brauchen, um ihr Netz vorausschauend ausbauen zu können. Auch Ladevorgänge für Elektrofahrzeuge sollen sie intelligent steuern können.

Bis März 2020 wollen Bundeswirtschaftsministerium, Bundesnetzagentur und Netzbetreiber gemeinsam einen Vorschlag erarbeiten, der den vorausschauenden Ausbau der Netze unterstützt. Um den Aufbau der Ladeinfrastruktur voranzubringen, will die Energiewirtschaft Genehmigungsverfahren und Netzanschlussprozesse beschleunigen. Bereits 2019 wurde die "Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur" eingerichtet, um den zügigen und koordinierten Aufbau von flächendeckenden Lademöglichkeiten in Deutschland sicher zu stellen. Alle drei Jahre soll der Masterplan überprüft werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[> BMWi-Pressemitteilung "Gemeinsam bauen wir ein verlässliches und nutzerfreundliches Ladesäulennetz auf"](#)

[\[> BMWi-Audio-Mitschnitt "Pressestatement anlässlich des Spitzengesprächs zum Masterplan Ladeinfrastruktur"](#)

[\[> Artikel zum Masterplan Ladeinfrastruktur auf bundesregierung.de](#)

Zitat der Woche



"Die Zahlen zeigen, dass unsere Klimaschutz-Politik der letzten Jahre wirkt. Die CO₂-Emissionen sinken drastisch, Kohlestrom macht Platz für erneuerbare Energien. Seit 2005 ist unsere Wirtschaft um rund 25 Prozent gewachsen - dennoch sanken die CO₂-Emissionen um 13 Prozent. Das ist ein wichtiges Signal, dass Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gehen können und müssen."

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie zum deutlichen Rückgang der CO₂-Emissionen im vergangenen Jahr.

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: Wie ein britisches Unternehmen überschüssigen Ökostrom in Form von flüssiger Luft speichert, welche neue Technologie Biokraftstoffen zum Erfolg verhelfen könnte und wieso schon Mitte des Jahrzehnts Flugtaxen den Himmel über Deutschland erobern könnten.



Der Tagesspiegel, 16.01.2020: "Mitte dieses Jahrzehnts könnten Flugtaxen Alltag sein"

Emissionsarme Flugtaxen am Himmel über Deutschland. Schon 2025 könnte das Realität werden. Kleine Sonderflugplätze sollen dafür zu Drehkreuzen ausgebaut werden, wo Bahn, Bus und Flugtaxis sich treffen, berichtet der Tagesspiegel.

Handelsblatt, 14.01.2020: "Umstrittener Biosprit: Wie der Durchbruch auch in Europa gelingen kann"

Über die Rückkehr des Biofuels schreibt das Handelsblatt und beleuchtet, wie eine neue Technologie den Biokraftstoffen hierzulande den Durchbruch bringen könnte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2020: "Strom aus flüssiger Luft"

Einen ungewöhnlichen Stromspeicher hat das britische Unternehmen Highview Power entworfen. Er speichert überschüssigen Wind- und Solarstrom in Form von flüssiger Luft. Wie das genau funktioniert, berichtet die FAZ.

Bund und Länder einigen sich beim Kohleausstieg

Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Kohle-Länder Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben sich auf einen Zeitplan zum Aus für Braunkohlekraftwerke geeinigt. Der in den Gesprächen vorgestellte Plan für die Stilllegung kann nun zwischen dem Bund und den Kraftwerksbetreibern vereinbart werden. In den nächsten Wochen soll der Gesetzentwurf für den Kohleausstieg auf den Weg gebracht und bis Mitte des Jahres verabschiedet werden. Bundeswirtschaftsminister Altmaier sagte dazu: "In den gestrigen Gesprächen im Bundeskanzleramt ist ein Durchbruch gelungen. Der Stilllegungspfad ist geeint und auch der Rahmen für die Entschädigung steht. Wir werden das Zeitalter der Kohleverstromung damit planbar und wirtschaftlich vernünftig beenden. Das ist ein großer Erfolg!"

Einbau intelligenter Stromzähler wird bald Pflicht

Ein dritter Hersteller von sogenannten Smart-Meter-Gateways hat das anspruchsvolle Zertifizierungsverfahren beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erfolgreich absolviert. Damit rückt die gesetzliche Verpflichtung zum Einbau der intelligenten Stromzähler näher. Noch steht die dafür notwendige sogenannte Markterklärung vom BSI aus. Das Smart-Meter-Gateway ist die Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Energiewende

und Kernbestandteil eines intelligenten Messsystems. Über diese sichere und standardisierte Kommunikationsplattform können zukünftig die Stromnetze intelligent gesteuert werden.

SINTEG zeigt Deutschlands Energiezukunft auf der E-World

Die Modellregionen des Förderprogramms "Schaufenster intelligente Energie - Digitale Agenda für die Energiewende" (SINTEG) präsentieren sich und ihre Forschungsergebnisse auf der diesjährigen E-world energy & water in Essen. Unter dem Motto "SINTEG vernetzt - Wir gestalten Deutschlands Energiezukunft" werden drei Forumsveranstaltungen angeboten. Das sind am 11. Februar 2020 "SINTEG weist den Weg - Aktuelle Highlights für die Energiezukunft", am 12. Februar 2020 "Real-life labs-how do they work, what have we learned?" und am 13. Februar 2020 "Partizipation in SINTEG". Der Branchentreff gilt als Leitmesse der europäischen Energiewirtschaft. Internationale Aussteller präsentieren nachhaltige Technologien und intelligente Dienstleistungen für die Energiezukunft. Das BMWi fördert SINTEG von 2017 bis 2020 mit rund 200 Millionen Euro.

Bundesnetzagentur bestätigt Netzentwicklungsplan bis 2030

Das Stromnetz an die Anforderungen der Zukunft anzupassen ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Dafür dienen die Netzentwicklungspläne (NEP). Sie zeigen, wo Bedarf an neuen Leitungen oder an Verstärkungen besteht, um den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Der Netzentwicklungsplan für 2019 bis 2030 ist jetzt von der Bundesnetzagentur bestätigt worden. Er umfasst im Vergleich zum geltenden Bundesbedarfsplan knapp 3.600 zusätzliche Trassenkilometer, von denen der Großteil als Verstärkung bereits bestehender Verbindungen geplant ist. Der NEP berücksichtigt außerdem erstmalig die Planung der Anbindungssysteme für Windstrom von See und den Kohleausstieg entsprechend der Ergebnisse der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung".

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Kommende Ausgabe am 18. Februar 2020

Die nächste Ausgabe des Newsletters "Energiewende direkt" erscheint am Dienstag, den 18. Februar 2020.

© 2020 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

